

50. Jahrestag der Gründung der NVA der DDR

Gedanken von Generalleutnant a.D. Manfred Volland,
Mitglied des Vorstands der ISOR e. V.

Entwicklungsperioden und gesellschaftliche Etappen der Geschichte kann man verschieden interpretieren. Die Frage ist dabei immer: Von wem und zu welchen Zweck wird Geschichte beurteilt? Heute wird die Nationale Volksarmee der DDR (NVA), ihre Rolle und Existenz, die sie in der deutschen Geschichte von 1956 bis 1990 einnimmt, vorwiegend von Medien bis zu Filmemachern im Auftrag der herrschenden Politik verfälscht. Dabei wird versucht, so wie die DDR als Ganzes, auch die NVA zu verleumden, zu beleidigen und ihre Verantwortungsträger zu diskreditieren. Das Negativbild kann nicht groß genug sein. Man glaubt die Wahrheit gepachtet zu haben, entstellt die Geschichte und beruft sich dabei auf so manchen zweifelhaften Zeitzeugen. Natürlich gibt es auch andere Betrachtungen zur Geschichte der NVA. Die Berufssoldaten, Zeitsoldaten und auch viele Wehrpflichtige haben ihre Sicht auf die NVA. Zehntausende von ihnen sind wahrhaftige Zeitzeugen und haben ein gutes Recht, sich zum 50. Jahrestag der Gründung der NVA zu äußern.

Sie erfolgte auf der Grundlage eines Beschlusses der Volkskammer vom 19.01.1956 am 1. März 1956. Die Notwendigkeit beruhte sowohl auf der äußeren, aber auch inneren Entwicklung und nicht zuletzt auf den Lehren und Erfahrungen aus der deutschen Geschichte. Sie war Ausdruck einer Wende in der deutschen Militärgeschichte. Angesichts der aus dem Ost-West-Konflikt erwachsenen Kriegsgefahr und eines militanten Antikommunismus war die DDR verteidigungsbedürftig und wegen ihres Anspruches als Arbeiter- und Bauernmacht auch verteidigungswürdig. Das hatte die logische Konsequenz, dass die NVA von Beginn an eine Armee war, die sich auf antifaschistische und fortschrittliche militärische Traditionen stützte und diese auch mit aller Konsequenz wahrte. An der Spitze standen im antifaschistischen Kampf erprobte Persönlichkeiten wie Heinz Hoffmann, Willi Stoph, Heinz Keßler, Friedrich Dickel und viele andere. Als er-

ste Armee in der deutschen Geschichte bestand ihr Generals- und Offizierskorps zu über 90 Prozent aus Arbeiter- und Bauernkindern. Man muss schon diesbezüglich den Vergleich zur Bundeswehr ziehen, in der bei ihrer Gründung 1955 von 38 Generalen immerhin 31 im Generalstab der faschistischen Wehrmacht gedient hatten. Die antifaschistische Grundorientierung der NVA prägte wesentlich Inhalt und Form der militärischen Ausbildung und Erziehung im weiteren Prozess ihrer Entwicklung.

Feindbild

In einem Brief des Bundesverteidigungsministeriums an die Standortältesten in den Wehrbereichen unter Bezugnahme auf den bevorstehenden 50. Jahrestag der NVA am 1. März 2006 heißt es:

„... der NVA ein ehrendes Andenken zu bewahren“ ist „in den Liegenschaften der Bundeswehr untersagt.“ Zur Begründung wird angeführt: „Die NVA war die Armee des Unrechtsregimes der DDR. Ihr Auftrag und ihre innere Ordnung sind unvereinbar mit dem Selbstverständnis der Bundeswehr ...“

Das alte Feindbild besteht also weiter. Das Gerede von der „Armee der Einheit“ ist folglich nichts weiter als Heuchelei.

Der Auftrag unserer Armee, darauf hinzuwirken, dass von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht, wurde erfüllt. Es stand außer Zweifel, unsere Armee hätte sich nie zu Aggressionskriegen missbrauchen lassen. Also ein Einsatz im Kosovo, am Horn von Afrika, am Hindukusch oder anderswo in der Welt stand für die NVA nie zur Debatte.

Von Anfang an verstand sich unsere Armee als eine Koalitionsarmee, fest eingebunden im Warschauer Vertrag. Ihr militärischer Auftrag war geprägt von der dominierenden sowjetischen Militärdoktrin und der daraus resul-

tierenden Strategie. Unser Beitrag zur Wahrung des militärischen strategischen Gleichgewichtes an der Grenze zwischen den beiden bedeutendsten Militärblöcken der Welt hat in der Tat wesentlich dazu beigetragen, dass ein heißer Krieg in Europa verhindert wurde und der Frieden erhalten blieb. Die NVA hatte sich in den 34 Jahren ihrer Existenz zu einer militärisch gut ausgebildeten, stets einsatzbereiten und schlagkräftigen Streitkraft entwickelt. Mit modernster Waffentechnik ausgerüstet, haben die Landstreitkräfte, die Grenztruppen, die Luftstreitkräfte/Luftverteidigung und die Volksmarine ihre Aufgaben erfüllt. Zehntausende junger Kader erhielten auf den Militärakademien und den Offiziershochschulen der DDR und der Sowjetunion eine solide Hoch- und Fachschulausbildung. Auch ich bin stolz darauf, aus einfachen Arbeiterverhältnissen kommend, zwei sowjetische Militärakademien, die Artillerie/Raketen-Akademie und die Generalstabsakademie, absolviert zu haben. Meine militärische Laufbahn vom Soldaten zum General war nur durch strenge Selbstdisziplin, ständiges Lernen und hohe Einsatzbereitschaft möglich. Sehr oft war für uns Berufs- und Zeitsoldaten der Dienst in der NVA mit vielen persönlichen Einschnitten und auch Entbehrungen verbunden. Wir haben trotzdem mit Überzeugung und hoher Bereitschaft unsere Pflicht in der NVA erfüllt und sind nach wie vor stolz auf unsere Leistungen.

Die Berufssoldaten der NVA können mit Selbstbewusstsein auf erfüllte Biographien zurückblicken, weil sie einen konkreten Beitrag zur Bewahrung des Friedens geleistet haben. Deshalb können sie auch mit Recht erwarten, dass ihre militärische Pflichterfüllung in der heutigen Gesellschaft nach gerechten Maßstäben beurteilt und bewertet wird. Wir wissen sehr gut, dass nicht alle der über zwei Millionen in der NVA gedienten jungen Menschen sich immer mit den hohen Anforderungen des militärischen Dienstes identifiziert haben und einige das Leben in der NVA als verlorene Zeit betrachteten. Nicht mehr als 1,5 Prozent der Wehrpflichtigen hat in der DDR den Dienst mit der Waffe verweigert. Negierung und Ablehnung des militärischen Dienstes durch einzelne Personen und Gruppen der Gesellschaft war keine DDR-spezifische Erscheinung.

An der historischen Rolle der NVA ändert das aber nichts. Unser oberstes Gebot war, als Armee des Volkes auch dem Volke zu dienen und den Frieden zu bewahren. Der beste Beweis dafür ist das Verhalten der Führung und des gesamten Offizierskorps der NVA bei den Ereignissen von 1989/1990.

Als 1990 die Herren Eppelmann, Ablass und weitere Beauprätte der Bundeswehr antraten die NVA abzuwickeln und geordnet in die Bundeswehr und NATO zu überführen, hatte sich ihre eigentliche Geschichte bereits vollendet. Die NVA hat ihren gebührenden Platz in der Geschichte. Ihre Bedeutung als bisher einzige sozialistische und friedenssichernde Streitkraft

> Fortsetzung von Seite 1

in der deutschen Geschichte zu leugnen und zu entstellen beweist erneut die Unfähigkeit und den Unwillen, die Realitäten anzuerkennen und zu achten. Es grenzt schon an Ironie, wenn im Zusammenhang mit der Würdigung des 50. Jahrestages der Bundeswehr die »Vereinigung« von Bundeswehr und NVA seit 1990 als beispielgebend für den deutschen Vereinigungsprozess dargestellt wird. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache:

Die Strafverfolgung von Verantwortungsträgern der NVA und der Grenztruppen durch

die BRD-Justiz muss man als Rache und Willkür gegenüber der DDR betrachten. Tausende Berufskader der NVA und aller bewaffneten Organe wurden dem Rentenstrafrecht unterworfen, entgegen dem Grundgesetz der BRD. Der Dienst in der NVA wird diskriminierend als »gedient in fremden Streitkräften« bezeichnet, noch immer werden uns die Rechte zum Tragen unserer Dienstgrade und der bei der NVA erworbenen Titel verwehrt. Die von der Bundeswehr übernommenen Soldaten der NVA unterliegen heute noch der Ungleichbehandlung. Die Verbreitung von Lügen und Entstellungen über die NVA sowie die Diskriminie-

lung ihrer Verantwortungsträger und vieler Berufssoldaten steht nach wie vor auf der Tagesordnung der Politik und der Medien.

Deshalb sind wir als die echten Zeitzeugen aufgerufen und befugt, das wahre Bild über die NVA der deutschen Geschichte zu übergeben. Tausende Angehörige der NVA werden sich in diesen Tagen mit berechtigtem Stolz an ihre Zeit bei der NVA erinnern. Wir vom Vorstand der ISOR fühlen uns mit ihnen verbunden und entbieten ihnen unsere herzlichen Grüße. Wir versichern euch, dass wir auch weiterhin mit aller Konsequenz, mit politischen und juristischen Mitteln für eure Rechte eintreten.

OKV setzt Zeichen

Von Wolfgang Stuchly, Mitglied des Vorstands

Präsidium und Vertreter der Mitglieder des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V. (OKV) trafen sich am 26. Januar zur ersten Sitzung 2006 unter Leitung des im Dezember neu gewählten Präsidenten, Prof. Dr. sc. Siegfried Mechler.

Es ging um die Unterstützung von zwei Protestaktionen im europäischen Maßstab und um die Festlegung der Schwerpunkte für den Arbeitsplan 2006.

Die Anwesenden stimmten vorbehaltlos einer Initiative der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) zu, durch nachhaltigen Protest gemeinsam mit anderen Verbänden, Parteien und Bewegungen in Deutschland und in Europa die Verabschiebung eines von Mitgliedern der Fraktion der konservativen Europäischen Volkspartei in die Parlamentarische Versammlung des Europaparates (PACE) eingebrachten Entschließungsentwurfs zu verhindern.

Unter dem Titel »Notwendigkeit internationaler Verurteilung von Verbrechen totalitärer kommunistischer Regime« wird der Versuch unternommen, ehemalige und noch existierende sozialistische Staaten, die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung sowie antikapitalistische Aktionen nach dem ostdeutschen Muster zu delegitimieren und zu verleumden und ihre Repräsentanten auszu-

grenzen, zu kriminalisieren sowie politisch und strafrechtlich zu verfolgen. Zielgruppen solcher Art »Geschichtsunterricht« sollen vor allem Schüler, Studenten und Jugendliche sein, die keine persönlichen Erfahrungen mit dem Sozialismus haben und für die ihr aktuelles kapitalistisches Umfeld alternativlos sein soll.

Die in der jüngsten Vergangenheit in einigen, vor allem osteuropäischen Ländern, offensichtlich geduldeten neofaschistischen und antikommunistischen Ausschreitungen lassen die sich aus einer solchen Entwicklung ergebenden Gefahren erahnen. »Heute sind es Kommunisten, morgen Gewerkschaftler und Globalisierungsgegner und danach...?« wird im GBM-Protest gefragt, dem sich alle Mitgliedsvertreter, darunter auch von ISOR, anschlossen.

Der zweite Protest – initiiert vor allem von den europäischen Gewerkschaften, darunter dem DGB – richtet sich gegen die Verabschiebung einer diskriminierenden Dienstleistungsrichtlinie, benannt nach ihrem »Schöpfer«, dem ehemaligen EU-Kommissar Frits Bolkestein, über die Mitte Februar 2006 im europäischen Parlament abgestimmt werden soll.

Mit dieser Richtlinie sollen im Interesse kapitalistischen Profitstrebens nationale Tarifvereinbarungen, Qualifikationsanforderungen, Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutz ausgehebelt werden. Sozialdumping, Entsolidarisie-

zung und Ungleichbehandlung wären die Folge. Betroffen ist die Bevölkerungsmehrheit: die Werktätigen, die Arbeitslosen, die Rentner und ihre Familien.

Die OKV-Vertreter verabschiedeten einen Aufruf an alle Mitglieder und Sympathisanten ihrer Verbände, sich an den für Sonnabend, dem 11. Februar 2006 geplanten DGB-Protestaktionen möglichst zahlreich zu beteiligen (Siehe Anzeige im ND am 4./5. Februar 2006).

Vom Geist gegenseitiger und internationaler Solidarität war auch die Diskussion über die Hauptaufgaben im OKV-Arbeitsplan 2006 geprägt.

Übereinstimmend wurden u. a. folgende Schwerpunkte für die Arbeit des OKV im laufenden Jahr benannt:

- Gründung eines Berliner Alternativen Wirtschaftsforums beim OKV zur realistischen Beurteilung der Relationen von Wirtschafts- und Sozialpolitik,
- Einschätzung der Situation im Bereich der Menschenrechte, insbesondere der Gleichstellung im Beruf, in der Bildung, in der Familie und im Leben insgesamt,
- Aktueller Bericht über den Stand des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht und Versorgungsgerechtigkeiten,
- Auseinandersetzung mit der Behauptung vom »Unrechtsstaat DDR«, der Geschichtsfälschung und Verleumdung.

Die Beratung ließ die gegenseitige Solidarität der Verbände und ihre feste Absicht deutlich werden, an den drängenden Fragen unserer Zeit aktiv mitzuwirken.

Der Vorstand teilt mit:

Klage gegen die Birthler-Behörde

Eine wichtige Quelle für die Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS sind die amtlichen Feststellungen des Bundesverwaltungsamtes über die Höhe der tatsächlich gezahlten Gehälter. Sie sind aufgrund der Besoldungsunterlagen für die Entgeltbescheide erarbeitet und elektronisch gespeichert worden. Die Verteidiger des Rentenstrafrechts

haben offensichtlich erkannt, dass mit diesen Daten eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts für mehr als 1,0 Entgeltpunkte erreicht werden kann. Also verweigern sie die Herausgabe. Dazu glauben sie, das sogenannte Stasiunterlagengesetz (StUG) auf ihrer Seite zu haben.

Das StUG erlaubt jedem Betroffenen, nur seine persönlichen Unterlagen über das von

ihm erzielte Gehalt anzufordern. Die Verteidiger des Rentenstrafrechts bauen darauf, dass es für die Betroffenen außerordentlich schwierig ist, aus der Auswertung dieser Unterlagen selbst zur Klärung der Einkommensverhältnisse zu gelangen. Das ist in der Tat so. Ob trotzdem ein geeigneter Weg dafür gefunden wird, kann erst nach der Auswertung der von der Birthler-Behörde inzwischen heraus-

> Fortsetzung auf Seite 3

➤ Fortsetzung von Seite 2

gegebenen Unterlagen beurteilt werden. Das wird erst in einiger Zeit möglich sein. Die Birthler-Behörde gibt bekanntlich inzwischen Analysen, Statistiken und Besoldungsregelungen des MfS heraus. Dazu haben auch zahlreiche Briefe beigetragen, die nun nicht mehr nötig sind.

Jetzt geht es um die Herausgabe der Daten des Bundesverwaltungsamtes. Das StUG erlaubt auch nicht-öffentlichen Stellen die Verwendung von Unterlagen des MfS zur »Anerkennung von Beschäftigungszeiten, Zahlung und Überführung der Renten ehemaliger Angehöriger des Staatsicherheitsdienstes« (§ 20 Abs. 1 Nr. 9 StUG). Nach den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts gehört zur Überführung der Renten auch die Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS.

ISOR e.V. ist eine nicht-öffentliche Stelle. Durch die Satzung besitzt ISOR das Recht, seine Mitglieder im Kampf gegen das Rentenstrafrecht zu unterstützen (§ 2 Abs. 1 der Satzung). Dieses Recht wird außerdem bestärkt durch die Beschlüsse der außerordentlichen Vertreterversammlung vom 8. Oktober 2004 (Konzeption für die Fortsetzung des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht) und 12. November 2005 (Entschließung). Eben dieses Recht will aber die Birthler-Behörde ISOR absprechen.

Gegen die ablehnenden Bescheide der Birthler-Behörde wurde Klage beim zuständigen Oberwaltungsgericht Berlin-Brandenburg erhoben.

Erfahrungsgemäß nutzen die Behörden die Gelegenheit, sich bei der Beantwortung von Briefen Betroffener hinter solchen Klagen zu verstecken. Davon soll sich niemand beirren lassen. Mit Briefen an den Petitionsausschuss, aber auch an die Birthler-Behörde und das BMI, sollte jeder darauf dringen, dass ISOR zur Unterstützung des Kampfes um die gerechte Überleitung der eigenen Rente Zugang zu den Daten des Bundesverwaltungsamtes erhält. Es geht um die Verteidigung der Satzung als Rechtsgrundlage des Handelns von ISOR für seine Mitglieder im Kampf gegen das Rentenstrafrecht.



Musterverfahren gegen das Rentenstrafrecht für Funktionäre der DDR

Entgegen dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Juni 2004 hat die Mehrheit des Bundestages mit dem Ersten Gesetz zur Änderung des AAÜG hasserfüllt an der Kürzung auf 1,0 Entgeltpunkte für bestimmte DDR-Funktionäre festgehalten. Unter offenen Bruch der politisch-moralischen Wertneutralität des Rentenrechts werden sie weiter gekürzt, weil sie angeblich gegenüber dem MfS weisungsberechtigt waren. Das

Grundgesetz wird für die Behauptung missbraucht, sie dürften aus Gründen der Gleichbehandlung nicht besser als die ehemaligen Angehörigen des Mfs/AfNS gestellt werden. Die Abgeordnete Maria Michalk (CDU/CSU) forderte vom Bundestag Mut, der erwarteten Nichtigkeitserklärung auch dieser Regelung nicht durch vorausseilenden Gehorsam gegenüber dem Bundesverfassungsgericht vorzugreifen. Ein »Lehrstück« von Rechtsstaatlichkeit. Es passt in die Praxis der Verteufelung der DDR als »Unrechtsstaat« und derjenigen, die durch ihren Dienst einen wichtigen Beitrag für die Erhaltung des Friedens und – indirekt – für manche soziale Errungenschaft in der BRD geleistet haben. Es passt in die aktuelle Politik des Abbaus gerade dieser Errungenschaften.

Das zwingt ISOR e. V. dazu, den juristischen Kampf gegen die jetzige Regelung des § 6 Abs. 2 in der Fassung des 1. AAÜG Änderungsgesetzes fortzusetzen.

Prof. Dr. Axel Azzola hat zusammen mit Prof. Dr. Ernst Bienert den Text für Klagen gegen dieses neue Unrecht bis zum Bundesverfassungsgericht übergeben.

Entschieden wenden sie sich aus diesem Anlass auch gegen das noch für die ehemaligen Angehörigen des MfS fortbestehende Rentenstrafrecht. Sie heben hervor, die hier bestehende Entgeltbegrenzung werde vom Bundesverfassungsgericht nur deshalb (noch) für verfassungsgemäß angesehen, weil die Gehaltshöhen und -strukturen im MfS noch nicht als geklärt angesehen werden können.

Mit dem nun vorliegenden Text werden geeignete Musterverfahren zur möglichst baldigen gerichtlichen Entscheidung geführt.

Eine gemeinsame Initiative des Sozialvereins BRH, des Deutschen Bundeswehrverbandes und der ISOR e. V. lässt die Möglichkeit einer ausnahmsweisen direkten Verfassungsbeschwerde gutachterlich klären. Dazu wurde Prof. Dr. Dr. Detlef Merten gewonnen, der sich schon 1993 klar gegen jedes Rentenstrafrecht gewandt hat. Dieses Gutachten wird voraussichtlich im Mai den genannten Verbänden vorliegen.



Auskunft des Petitionsausschusses

Am 17. Januar 2006 beantwortete die Vorsitzende des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages, Kersten Naumann (Linkspartei), eine Anfrage des Geschäftsführers von ISOR e.V., Karl-Heinz Hypko, vom 16.12.2005 zu den bisher unbeantworteten Petitionen von ISOR-Mitgliedern.

Sie teilte mit, dass dem Petitionsausschuss ca. 5.500 individuelle Petitionen zur rentenrechtlichen Begrenzungsregelung für die ehemaligen MfS-Mitarbeiter vorliegen, die als sog. Mehrfachpetitionen behandelt werden. (Gemeint sind mehrere Petitionen in gleicher

Sache, die dann nach einer »Leitpetition« geordnet werden).

Hinzu kommen in gleicher Angelegenheit ca. 2.500 »Masseschreiben« deren Inhalt im Wesentlichen übereinstimmt.

Gesondert behandelt werden ca. 2.500 individuelle und ca. 3.500 »Massezuschriften«, in denen die Herausgabe von Daten über das Besoldungs- und Versorgungssystem des MfS gefordert wird.

Alle Petenten, die »Mehrfachpetitionen« eingereicht haben, werden nach Abschluss des Verfahrens eine ausführliche – gleichlauende – Antwort erhalten, den Text der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses für den Deutschen Bundestag.

Die »Masseschreiben« werden nur statistisch erfasst.

Wörtlich schreibt sie: »... Die zuständigen Ressorts der Bundesregierung wurden – gemäß den Verfahrensgrundsätzen des Petitionsausschusses – in die Prüfung der Anliegen einbezogen. Zu beiden Anliegen wurde jeweils das Berichterstatterverfahren, auf dessen Grundlage der Petitionsausschuss seine Entscheidung treffen wird, eingeleitet. Der Ausgang des Verfahrens bleibt abzuwarten.«

Warten wir also ab. Manche Petitionen liegen immerhin schon 1 1/2 Jahre beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. Auch wenn kurzfristig eine Änderung des Rentenrechts durch den Bundestag nicht zu erwarten ist – spannend bleibt, auf welche Weise die Vielzahl individueller, kluger und überzeugender Argumente in den Petitionen zurückgewiesen werden wird. Noch spannender wird sein, wie der Bundestag den Zuständigkeitszirkus zwischen dem Bundesverwaltungsamt und der Birthler-Behörde hinsichtlich der Daten-Herausgabe beurteilt.



Pressemitteilung

Der Vorstand der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR (ISOR e. V.) hat auf seiner Sitzung am 25. Januar 2006 die Angleichung der Regelsätze für das Arbeitslosengeld II Ost an das Westniveau nachhaltig begrüßt, zumal sie mit der Begründung erfolgte, damit die Rechtseinheit zwischen Ost und West herstellen zu wollen.

Der ISOR-Vorstand vertritt die Meinung, dass gleiche Maßstäbe auch an die Angleichung der Rentenwerte Ost an die in den alten Bundesländern angelegt und auch die willkürlichen Entgeltbegrenzungen für größere Gruppen ehemaliger DDR-Bürger über 15 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur BRD im Interesse der genannten Rechtseinheit endgültig beseitigt werden sollten.





Aus unseren TIG

Am 2. Dezember 2005 führte unsere TIG **Bad Frankenhausen-Artern** ihre Mitgliederversammlung zur Auswertung der Vertreterversammlung durch. Unter Bezugnahme auf die Entschließung der Vertreterversammlung wollen wir folgende Schwerpunkte in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen:

1. Übersendung von Briefen an die Birthler-Behörde gegen den ablehnenden Bescheid vom 25. September 2005.

2. Alle Mitglieder unserer TIG unterstützen mit ihrer Unterschrift die Antragsaktion zur Herausgabe der Daten über die Einkommensverhältnisse im Mfs.

3. Unterstützung der Protestaktion gegen den weiteren Sozialabbau durch Briefaktionen an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages.

4. Zur weiteren Gewinnung neuer Mitglieder zielgerichtete Aussprachen zu führen.

Bis zum heutigen Tage haben alle Mitglieder die vom Vorstand der TIG vorbereiteten Briefe an die Birthler-Behörde abgesandt. Auch die Unterschriftsliste wurde von allen Mitgliedern unterschrieben und an das RA-Büro Bleiberg und Schippert abgesandt. Die Briefaktion an den Petitionsausschuss ist in Vorbereitung und wird Anfang Januar 2006 erledigt.

Otto Berbig



Seit dem Sommer 1998 gehören in der TIG **Leipzig** zu einer interessanten und abwechslungsreichen Gestaltung des Vereinslebens auch die beliebten Wandertreffs. Monatlich kommen 25 – 30 Vereinsmitglieder, Angehörige einbezogen, zusammen, um gemeinsam Körper und Geist zu bewegen und die Natur zu genießen. Ziele und Wegstrecke werden so ausgewählt, dass jeder der 60- bis 84-jährigen Teilnehmer die Anforderungen meistert. Traditionell wird bei den Jahresabschlussveranstaltungen Bilanz gezogen und der kulinarischen Seite besondere Bedeutung gewidmet. Im Dezember 2005 trafen wir uns im Stadtgut Leipzig-Mölkau, wo Wanderleiter und Vorstandsmitglied Reinhold Behrends das erlebnisreiche Wanderjahr Revue passieren ließ und dafür Zustimmung und Dank erhielt. ... Das Verlangen nach Gedankenaustausch, sich wieder zu treffen und gemeinsam über etwas zu freuen, formulierte Reinhold, hält uns zusammen und gibt uns Kraft, unser Ziel zu erreichen, wofür wir uns vereinigt haben. Er konnte auch für 2005 ein zahlenmäßiges Wachstum der Gruppe konstatieren, erinnerte an diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht immer teilnehmen konnten aber trotzdem dazugehören. Gelungener Auftakt im Januar 2006

war die Exkursion ins »Alte Rom« mit dem Besuch der Panoramaausstellung im Leipziger Panometer.

Siegfried Lorenz



Am 21.01.2006 führte die TIG **Köpenick** ihre Jahreshauptversammlung unter der Losung »Für die restlose Beseitigung des Rentenstrafrechts und Beendigung der Versorgungsbezeichnung, für einen neuen Klageweg zum § 7 AAÜG« durch.

Dazu werden sich beispielsweise unsere Freunde weiter aktiv und gezielt an Massenpetitionen, Briefaktionen, Eingaben, Protestschreiben, persönlichen Schreiben u. a. beteiligen. Wir lassen hier nicht locker, schließlich haben viele qualifizierte Schreiben die staatlichen Behörden und Politiker zum Einlenken gezwungen und nicht wenige von ihnen in Erklärungsnoten gebracht. Einige Freunde haben in der Diskussion sehr emotional unterstrichen: Wir haben als ehemalige Schutz- und Sicherheitsorgane vor und für niemanden Erklärungsbedarf, vor allem vor jenen nicht, die das Bundesverfassungsgericht ignorieren und besonders die ehemaligen Mitarbeiter des Mfs durch dümmliche und diskriminierende Äußerungen versuchen auszugrenzen. Wir haben dem völkerrechtlich anerkannten Staat DDR gedient. Müssen wir uns dafür rechtfertigen? Wir haben viele Verbündete in der Bevölkerung und zunehmend auch in einigen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, in erster Linie natürlich im Linksbündnis. Jeder einzelne von uns kann und muss dazu seinen eigenen persönlichen Beitrag leisten, offensiv und zugleich auch tolerant (Nazis ausgeschlossen!). Der Vorsitzende der GBM Köpenick Harald Nestler unterstrich diesen Gedanken sehr nachhaltig. Wir waren uns darin einig: Keine Lüge und Verleumdung auf der Straße, in der Presse und wie dies zunehmend durch Funk und Fernsehen geschieht, darf unwidersprochen bleiben. Wir brauchen dazu vor allem die jungen Leute. Sie kennen diese Zusammenhänge nicht und sind oftmals leichte Beute für politische Rattenfänger, die beispielsweise Schüler scharenweise in Bussen an so genannte Gedenkstätten und an andere Orte karren.

Wir zogen natürlich auch gründlich Bilanz auf unserer Tagung. Das diese stimmt, haben wir anschaulich nachgewiesen: 165 Gründungsmitglieder halten uns von den mehreren hundert Mitgliedern nach wie vor die Treue in Köpenick und sind noch im hohen Alter aktiv. 28 Basisgruppenleiter, einige mit fast 80 Jahren sind keine Seltenheit. Mitglieder, die weit über 90 Jahre alt sind, melden sich regelmäßig

zu Wort. 16 Neuaufnahmen im Berichtszeitraum und die Weiterleitung und Übernahme der Mitgliedschaft von verstorbenen Freunden durch ihre Ehepartner halten die Mitgliedsstände seit mehr als drei Jahren relativ konstant.

Starke Beteiligung vieler unserer Freunde an politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten, in sozialen Arbeitskreisen, usw. stimmen uns optimistisch. Seit 3 Jahren führen wir jährlich gemeinsame Fahrten mit Freunden und Sympathisanten durch. Das stärkt das Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl in besonderer Weise. Und sprechen wir es ruhig aus und jeder soll es wissen: Bei den Stimmen, die Gysi mehr vor seinen Rivalen in Köpenick hatte, dürften die ISOR-Mitglieder und deren Familien von Köpenick und Treptow keinen unweisen Anteil haben. Wir sind uns gewiss, dass er das auch registriert hat.

Natürlich sehen wir vordergründig in unserem Verein sowie der GRH, dessen Vorsitzender Dr. Wilhelm Schartau ebenso zugegen war, die geeignete politisch-organisatorische Plattform für Menschen mit gemeinsamer Vergangenheit und dadurch geprägten politischen Ansichten sowie für die Wahrung freundschaftlicher sozialer Beziehungen. Horst Bischoff hat dieser Seite, wie sie so auch in der Entschließung formuliert ist, große Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Teilnahme ehemaliger Botschafter bzw. von leitenden Mitarbeitern im ehemaligen Außenministerium der DDR, wie Dr. Jochen Mitdank, Dr. Klaus Jaschinski und Dr. Achim Reichardt, unterstrich diesen so wichtigen moralischen Grundsatz und verlieh der Konferenz ein besonderes Gewicht. Letzterer Genosse konnte als langjähriger Chef des Solidaritätskomitees der DDR oft vor Ort die Wirkung der Solidarität spüren, von der auch in seinem interessanten Buch »Nie vergessen – Solidarität üben« die Rede ist. Wir haben die Solidarität dieser verdienstvollen Genossen mit ISOR mit Freude und Dankbarkeit an diesem Tag registriert.

Klaus Buchner

Aus der Postmappe

Aus meiner Sicht steht uns kein einfacher Weg bevor. Auch wenn sich die politischen Bedingungen seit dem Wiedereinzug einer starken linken Fraktion in den Bundestag verbessert haben, ist nicht zu erkennen, dass Gesetzgeber, Richter und Zeitgeist etwa bereit wären, im 16. Jahr der deutschen Einheit Rechtsfrieden mit der DDR und ihren Bürgern und Staatsträgern herzustellen und das Rentenstrafrecht endlich abzuschaffen. Wir werden uns jeden kleinen Schritt erkämpfen müssen. Als ein Problem sehe ich, dass viele unserer Mitglieder und auch Betreuer den Glauben an einen Erfolg bereits verloren haben, uns aber noch folgen, weil es keine Alternative zum Weiterkämpfen gibt.

> Fortsetzung auf Seite 5

> Fortsetzung von Seite 4

Vorstand und Betreuer unterstützen die vorgegebene Linie unseres Handelns und versuchen, die Mitglieder zu mobilisieren. Über 150 Briefe an die Birthler-Behörde haben wir für die Mitglieder vorgeschriften und ihnen zum Versand übergeben. Ich hoffe, dass die Mehrzahl der Mitglieder die Beschwerde abschickt.

Eine Antwort von Frau Birthler auf erste Beschwerden liegt noch nicht vor. Ferner haben wir 40 Beschwerdebriefe verfasst und in Umlauf gebracht, die sich bei Frau Birthler aus solidarischen Gründen beschweren. Die Unterschriftenaktion haben wir mit der Verteilung von **ISOR aktuell** 12/05 über die Betreuer in Gang gesetzt mit dem Ziel, erste Unterschriftenlisten bis Ende Januar 2006 an die RA zu senden. Als Vorsitzender habe ich begonnen, an Bundeskanzlerin Merkel und ihre

Führungsriege sowie wichtige Bundestagsabgeordnete/Politiker zu schreiben und die Beseitigung des Rentenstrafrechts einzufordern bei gleichzeitiger zur Kenntnisgabe unserer Willenserklärung vom 02.09.05 und des ND-Artikels v. RA Diestel »Weil ich eine Einheit ohne Zwietracht will«. **Karl-Heinz Jensch, Plauen**

*

Am 21. Februar 1951 wurde als einer der ersten Grenzpolizisten der Wachtmeister Herbert Liebs von amerikanischen Söldnern am Pferdsdorfer Köpfchen an der Werra bei Eisenach hinterrücks feige ermordet.

Aus diesem Anlass findet am 21. Februar um 14.00 Uhr in der Gemeinde Pferdsdorf eine würdige Gedenkstunde statt, zu der die ehemaligen Angehörigen dieses Kommandos herzlich eingeladen sind. Diese Feierstunde wird am Gedenkstein von Herbert Liebs von An-

gehörigen des DBwV vorbereitet und durchgeführt.

Bruno Haller, Berlin

*

Als ehemaliger Grenzer habe ich mich als Mitglied der GRH seit der Wende gegen die politische Strafverfolgung engagiert. Dort sah ich den Schwerpunkt meiner Tätigkeit. Natürlich habe ich immer den Kampf von ISOR e.V. um Rentengerechtigkeit mit Sympathie begleitet. Dieser Tage bekam ich als »E-3-Fall« meinen neuen Rentenbescheid, verbunden mit einer Nachzahlung, zugestellt. Mir ist klar, dass es ohne den Kampf von ISOR niemals zu dem entsprechenden Urteil des BverfG gekommen wäre. Deshalb habe ich zur Unterstützung der weiteren Aktivitäten von ISOR, besonders mit Blick auf die Mfs-Angehörigen, eine Spende von 200 € auf das ISOR-Konto überwiesen.

Dr. Rolf Ziegenbein, Dresden

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 96. Geburtstag:

Gerhard Auerswald, Bln.-Fr'hain

zum 95. Geburtstag:

Liddy Rosch, Zernsdorf

zum 94. Geburtstag:

Herbert Berger, Leipzig
Ewald Bühner, Bad Salzungen
Walter Paul, Meißen

zum 93. Geburtstag:

Fritz Sparschuh, Bln.-Pankow

zum 92. Geburtstag:

Reinhold Lochmann, Bln.-Fr'felde
Gerhard Schneider, Chemnitz
Max Such, Borna

zum 90. Geburtstag:

Paul Domagalla, Magdeburg
Elsbeth Hellwig, Bln.-Treptow
Franz Sonntag, Bln.-Pankow

zum 89. Geburtstag:

Gerhard Buchmann, Bln.-Hellersd.
Hildegard Fischer, Bln.-Treptow
Johanna Ziewitz, Gera

zum 88. Geburtstag:

Herbert Neumann, Neustrelitz
Dr. Alexander Strachovsky,
Bln.-Köpenick

zum 87. Geburtstag:

Walter Enrich, Quedlinburg
Erika Jochymski, Leipzig
Hildegard Laux, Bln.-Fr'hain
Hilde Riedel, Bln.-Hhsn

zum 86. Geburtstag:

Werner Bluhm, Bützow

Käthe Götz, Rodewisch

Gerhard Höfer, Halle

Charlotte Lauterbach, Bln.-Hellersd.

Heinrich Rolfs, Rostock

Rudolf Schultz, Bln.-Fr'hain

zum 85. Geburtstag:

Marie Anders, Grimmen

Paul Berger, Oberwiesenthal

Heinz Birkefeld, Berlin

Kurt Kißig, Löbau

Josef Kirsch, Bln.-Li'berg

Willi Lehnort, Chemnitz

Helene Loepner, Leipzig

Kurt Renelt, Bln.-Prenzl.Berg

Ernst Stelzl, Bln.-Marzahn

Rudolf Trummer, Gera

zum 80. Geburtstag:

Siegfried Bieber, Freital-Wurgwitz

Ingeborg Bodenthal, Zwönitz

Anni Braun, Rostock

Rose-Ruth Brüning, Strausberg

Christa Dernehl, Chemnitz

Gerhard Eckert, Bln.-Mitte

Dr. Heinz Ehrhardt, Bln.-Marzahn

Günter Heidenreich, Chemnitz

Ernst Hergt, Bln.-Fr'felde

Elise Klauß, Bln.-Fr'hain

Clemens Kowatzki, Cottbus

Erika Kursawe, Chemnitz

Frieda Ledermann, Bln.-Hellersd.

Heinz Liebau, Quedlinburg

Maria Löwning, Bln.-Li'berg

Manfred Merkel, Werdau

Joachim Müller, Potsdam-West

Christa Nollau, Bln.-Li'berg

Walter Rackwitz, Lübben

Ursula Rotter, Bln.-Fr'felde

Ursula Ruhnau, Güstrow

Anneliese Schiffer, Cottbus

Georg Schreiber, Annabg.-Buchh.

Siegfried Schubert, Chemnitz

Günter Theil, Bln.-Fr'felde

Marianne Tromp, Bln.-Marzahn

Hans Wenzel, Bln.-Köpenick

Helmut Winter, Halle

Kurt Wittig, Bln.-Weißensee

Walter Zähring, Halle

Erhard Zelmann, Bln.-Li'berg

zum 75. Geburtstag:

Helga Abraham, Bln.-Weißensee

Willi Albrecht, Bln.-Fr'felde

Helmut Altmann, Mühlhausen

Erna Aue, Bln.-Hhsn

Heinz Barnikol, Meiningen

Lore Barthel, Salzwedel

Kurt Bauer, Cottbus

Lieselotte Behnke, Zingst

Hans Berger, Bln.-Köpenick

Hans Bernhardt, Bernau

Eva Beyer, Bln.-Fr'hain

Herbert Boege, Potsdam-West

Horst Böttcher, Strausberg

Manfred Borisch, Bln.-Fr'hain

Hans Bügel, Wandlitz

Ingeborg Buffleb, Bln.-Weißensee

Günter Buschek, Erkner

Johannes Christ, Artern

Hugo Dietl, Wolmirstedt

Günter Drechsel, Meißen

Margit Dreher, Schwerin

Armin Edelmann, Petershagen

Dr. Karl Emmerich, Bln.-Treptow

Karl-Heinz Findeisen, Pdm.-West

Inge Fischer, Bln.-Marzahn

Rudi Föhse, Halle

Eberhard Fritzsche, Bln.-Fr'felde

Rudolf Gangelmayer, Neu-Zittau

Manfred Götze, Erkner

Helmut Grau, Schulzendorf

Heinz Grawunder, Quedlinburg

Ruth Hammer, Bln.-Marzahn

Arthur Hanstein, Neubrandenburg

Gerhard Heer, Meiningen

Georg Heimann, Zwickau

Karl Henke, Bln.-Köpenick

Achim Herfurth, Raguhn

Edwin Hille, Bln.-Hellersdorf

Heinz Hüttich, Meiningen

Alfred Illner, Neubrandenburg

Karl Jordan, Angermünde

Rosemarie Kache, Aschersl./Staßf.

Siegfried Kasten, Borna

Tilmar Landgraf, Bln.-Köpenick

Dr. Helga Lange, Bln.-Fr'felde

Paul Lechner, Bln.-Marzahn

Willy Meier, Glauchau

Fritz Michalewitz, Friedersdorf

Rudolf Müller, Altenburg

Johanna Naumann, Bln.-Li'berg

Günter Nitz, Schwerin

Günter Ratsch, Bln.-Marzahn

Kurt Redenz, Falkensee

Erhard Reichel, Wernsdorf

Helmut Reimann, Oelsnitz

Margot Richter, Magdeburg

Edith Roscher, Bln.-Fr'hain

Klaus Rumpel, Dresden

Dietrich Schmidt, Bln.-Treptow

Hans Scholz, Bln.-Köpenick

Günther Schubert, Rostock

Siegfried Schultz, Stralsund

Günter Schurbaum, Pdm.-Drewitz

Günter Schwengel, Bln.-Mitte

Günter Striegler, Bln.-Pankow

Heinz Ulbrich, Bln.-Fr'felde

Ewald Volkmann, Grimmen

Ingeborg Weiß, Annaberg-Buchholz

Helga Wilhelm, Bln.-Marzahn

Erika Willomitzer, Bln.-Hhsn

Alfred Zumpe, Bln.-Marzahn

Bei anderen gelesen

Geschichte ist nicht einklagbar

Beim Vorstand (der GRH) wird häufig nachgefragt, ob nicht juristische Schritte gegen allgemeine Diskriminierungen und Verleumdungen möglich seien. Geklagt werden kann nur gegen Verletzungen von Individualrechten. Alles andere gilt als Teil des Rechts auf Meinungsfreiheit.

Dr. H.-H. Nehmer

(Aus: GRH Mitteilungen Nr. 1-06)

*

Müntefering verunsichert Rentner

»Der neue Vorschlag von Bundessozialminister Franz Müntefering, die Rente ab 67 schon eher einzuführen, ist nicht nachvollziehbar und nicht akzeptabel. Er verunsichert nur die heutigen und künftigen Rentner und ändert nichts an den Problemen der Rentenkassen.« Das erklärte der Präsident der Volkssolidarität, Prof. Gunnar Winkler. »Nachdem er erklärte, per Gesetz eine nominale Rentenkürzung vor 2009 zu verhindern, macht der Minister nun die Gegenrechnung auf.« Winkler sagte weiter: »Dieser Vorschlag bedeutet wie schon die Planung im Koalitionsvertrag nur eine Verschlechterung für die künftigen Rentnerjahrgänge. Er widerlegt erneut alle Behauptungen, dass es keine Rentenkürzungen geben wird. Die schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters, zu welchem Zeitpunkt auch immer, stellt eine weitere Rentenkürzung dar. Sie ist nicht akzeptabel und schadet künftigen Rentnern, vor allem denen, die schon heute keine Arbeit mehr finden. Sie trägt nicht dazu bei, die Finanzbasis der Rentenversicherung zu stärken...«

(Aus: Presseinformation 12/06
der Volkssolidarität)

Auf dem Büchermarkt

Herbert Schneider: Der Teufel hat den Marx gemacht – Politische Autobiografie eines unverzagten Berliners

Am 15. November stellte unser Freund Herbert Schneider in der Bodo-Uhse-Bibliothek in Bln.-Friedrichsfelde sein Buch vor. In einer Rezension dazu im ND vom 26./27.11.05 heißt es u. a.: »Wie er, der Autodidakt sein Leben beschreibt, ist erstaunlich. Großen Platz erhalten

Berufsweg und die erlangten Einsichten. ... Wahrscheinlich schreibt er wie er spricht, wie er als Politoffizier junge Polizisten zu überzeugen suchte: kurze Sätze, logische oft umfassende Begründungen, nicht ohne Humor, psychologisch geschickt und faktenreich, auch mit Kampfgeist, denn das Buch ist eine einzige große Verteidigung ... Mit dem sehr politischen Bekenntnis zu seinem Leben macht er Mut, sich nicht abwerten zu lassen.«

(Gret Hofmann)

Reihe: Frieling-Erfahrungen

240 Seiten, Taschenbuch (Paperback)

11.90 € • ISBN 3-8280-2215-4

Auftaktveranstaltungen zum Gedenken an Ernst Thälmann am 26. März 2006

11.00 Uhr Theater Berlin-Karlshorst KÜNSTLERISCHE MATINEE

Es wirken mit:

Ernst-Busch-Chor Berlin

Renate Richter

Irma Münch

Marta von Schnitzler-Raffael

Margit Brückner-Schaumäker

Hans-Peter Minetti

Manfred Weckwerth u. a.

Eintritt: 10,00 €

Kartenbestellung ab 01.02.06

Auskünfte beim Freundeskreis »Ernst-Thälmann-Gedenkstätte« e. V.

Tel.: 03375-527020 oder 03375-507229

15.00 Uhr KUNDGEBUNG vor dem Ernst-Thälmann-Monument in Berlin-Prenzlauer Berg

Mit Ansprachen von

Dr. Lothar Bisky,

Vorsitzender der Linkspartei.PDS

Heinz Stehr,

Vorsitzender der DKP

Werner Schleese,

Vorsitzender der KPD u. a.

Von Mitglied zu Mitglied

Ferienwohnung in Seebad Heringsdorf

Tel.: 038378-22 273

*

Ferienwohnungen im Ostseebad Dierhagen
Strandnähe – ganzjährig nutzbar
Tel.: 0381-700 63 01

Wer kann helfen?

Zur philatelistisch-geschichtlichen Erfassung
suche (kaufe) ich: Briefumschläge mit Absender o. Anschrift NVA, Mdl, Mfs, besonders GKS – GVS – VVS – Kurier-ZKD, auch einfache Post aus diesen Bereichen

G. König, Am Mühlfeld 2, 01744 Paulsdorf
Tel.: 03504-616 393

 Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder 

ERICH BARTEL, Hermsdorf
LOTHAR BAUMEISTER, Halle
ROLF DITTRICH, Wurzen
WALTER ERFURT, Cottbus
WALTER GEISSLER, Bln.-Hhsn.
GERTRUD GONDESEN, Bln.-Fr'hain
BERNHARD GRÜNING, Königs Wusterhsn.
CHRISTA HAHN, Dresden
JÜRGEN HARTUNG, Wurzen
WALTRAUD HOLLMANN, Bln.-Li'berg
HILDEGARD JUNGMEISTER, Lawalde
PAUL KORMANN, Magdeburg
GEORG KRAPP, Oschatz
WILLI KUCHARSKI, Bln.-Marzahn
MANFRED KUNZE, Bautzen
FRANZ KÜNZL, Neuhaus
ERWIN LANGE, Stralsund
OTTO LEHMANN, Bergen
KLAUS-DIETER LINKE, Stralsund
HILDE POHL, Angermünde
RUDOLF POHL, Meißen
GERHARD PROMINSKI, Bln.-Fr'felde
KARL RAUM, Rostock
WERNER SCHLIE, Bln.-Köpenick
HORST SCHWARZ, Bln.-Fr'felde
ERICH STECHER, Chemnitz
OTTO STEINBRENNER, Bln.-Treptow
WERNER STEINMANN, Saalfeld
LOTHAR TISCENDORF, Plauen
LOTHAR TREDER, Angermünde
WALTER TUPPACK, Bln.-Köpenick
EBERHARD VOIGT, Meißen
GISELA WALTER, Cottbus
HEINZ WALTER, Teupitz
GÜNTER WEIGELT, Bln.-Fr'felde
HANNELORE WEIRICH, Groß Schönebeck
HANS-JOACHIM WERNER, Frankfurt/Oder
KURT WOHLRAB, Chemnitz
HORST WOSCHNIK, Schwerin

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 25.01.2006

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 22.02.2006

Einstellung im Internet: 03.03.2006

Auslieferung: 09.03.2006

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 -10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Donnerstags von 15 bis 18 Uhr